

Sächsische Volkszeitung

Abonnement: Einzeljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholte Ausgabe A mit illust. Beilage 10.20 M.— Ausgabe B 9.45 M.— In Dresden und ganz Deutschland fast ausdr. Ausgabe A 10.65 M.— Ausgabe B 9.90 M.— Zur wöchentlichen Volkszeitung entsteht am allen Wochenenden nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorne.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorne. — Preis für die Zeit-Spaltseite 1.40 M., im Seitenstiel 8.50 M., Familien-Anzeige 1.80 M.— Für unbedeutlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher mitgegebene Anzeigen können nur die Berichtigung des Tages nicht übernommen werden.

Vor der Schlacht

Der Wahlkampf neigt sich seinem Ende zu. Die Parteien haben sich formiert, der Aufmarsch ist vollzogen. Die Geplante und Geschichte haben die gegenseitigen Stellungen offenbar gemacht, und nun holen sie alle zum letzten entscheidenden Schlag am Tage der Entscheidungsschlacht aus.

Ruhiger, als von vielen unter uns vor kurzem noch befürchtet wurde, ruhiger, friedlicher auch, als es gewissen Kreisen lieb war, vollzog sich diesmal jetzt der Kampf. Der große leidenschaftliche Schwung fehlte. Das kam daher, daß eine überzeugende Idee in diesem letzten Klingen fast völlig fehlte. Anders war es noch vor anderthalb Jahren, als die revolutionäre Ausweitung noch ihre Wirkungen in den nach Neuem und Neuartigem gierigen Massen tun konnte. Heute ist das Volk in seinen breiten und vielfach unpolitischen Schichten für neue umwälzende Ideen nicht mehr zu machen, die Tagessnotwendigkeiten zwingen vielmehr zu praktischer Arbeit, die bedingt Verantwortlichkeit und risikofreie Beurteilung der Dinge. Die vielen trüben Erhabungen der letzten Monate und Jahre haben, wenngleich in den Mittelschichten der Bevölkerung doch auch den Sinn für das Wirtschaftliche geschärft, und auch in den unteren Schichten weiß man Phrasen und Wörtchen wohl voneinander zu scheiden. Wo das nicht der Fall ist, liegt es weniger an diesem Unterscheidungsvermögen, als an dem Unterschied zw. Willen. Man will die Wirtschaftlichkeit nicht sehen, man will die Tatsachen gewaltsam seinen eigenen egoistischen, parteiischen und Massenzweden, seinem eigenen politischen Machstreben möglich machen. Dieser Materialismus ist wirtschaftsfremd aus Spekulation. Zu positivem Schaffen und damit zum Einstellen in die politische Rechnung als werbender Faktor ist er untauglich.

Von diesem Prinzip abgesehen, hat sich der Wahlkampf im großen und ganzen ziemlich lebenslustlos vollzogen. Auch in der Wahlagitation haben sich die Parteilager im wesentlichen so geschieden, wie sie im bisherigen Parlament formiert waren. Daher kommt es, daß die leidenschaftliche Note bei den Oppositionsparteien reichs- und Rats angeklagt wurde. Räumlich die Rechtsparteien haben mit einem mutig-schläglichen Elan und einer vorbildlichen Energie für ihre Ideen verbündet sich ins Reng gelegt. Für sie gilt es ja auch in der Tat, alles zu gewinnen oder alles zu verlieren. Für sie bedeutet die Entscheidung dieses Kampfes die Entscheidung über das Große und Kleine, was es für einen Staatsbürger geben kann, über die Staatsform selber. Ihr Kampf gilt dem Neuen, soweit es durch revolutionäre Tat und Folgen erwachsen ist. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, denen dieses Neue noch nicht neu genug ist, die nach immer weiteren radikalen Formen streben und denen ihr Ziel selbst mit der Verschärfung alles jetzt bestehenden und der Aufrichtung einer Herrschaft, sei es auch in Blut und Trämmern, nicht zu neuem erscheint.

Der prinzipielle Wahlkampf ist in dieser Wahlsschlacht viel zu kurz gekommen. Großen Ideen und Trägern solcher ist man nur selten begegnet. Die entscheidende Frage, die allerorten die Parteien an die Mandatbewerber hätten richten müssen, wäre die gewesen: durch welche Taten gedenkt ihr Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Lande und damit den Wiederausbau unseres politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zu bewerkstelligen? Nicht um die Worte, um die Taten handelt es sich. Bei dieser Fragestellung hätten viele Parteien befehlen müssen, die durch Reden und Versprechen, durch Herabsetzung der Meinungen anderer, durch das Ausziehen des Schuld an der jetzigen Lage von sich auf die anderen um Stimmen für sich selbst werben. Es ist immer ein Fehler der Deutschen gewesen, daß sie den Alltag viel zu viel nach rückwärts richten. Heute müssen wir den Blick vorwärts und aufwärts richten. Das Los, unter dem wir heute sitzen, ist allen gemeinsam und gemeinsam muß uns auch das Wille sein, das furchtbare Schicksal, unter dem wir heute sitzen und das unsrer in Zukunft noch harrt, zu meistern. Verhandlungen der einen Partei, daß sie dem Volke wünschbare Tage zu verschaffen möge, als eine andere Partei, wären frivol, nein, mehr als das, wären Verbrechen! Die furchtbare harde Arbeit, die dem heutigen Menschen zu erfüllen aufgegeben worden ist, wird geleistet werden müssen in neuem Gemeinschaftsinn aller Herren, ob eines guten Willens sind. Vorbeeren wird es bei diesem Schaffen nicht zu entstehen. Parteiische oder gar demagogische Agitation müßte nur verboten werden. Die große Probe auf die Haltbarkeit und Arbeitsfähigkeit des neuen Reichstages, den nun das "souveräne" Volk durch seine Stimmenwahl sich bestellt, wird die Stellungnahme dieses Reichstages zur Bildung einer neuen parlamentarischen Mehrheit und damit einer neuen Regierung, nach innen und auch vertrauensholtigen Regierung bilden. Daß eine solche Zustandekommt, ist heute noch lange keine ausgemachte Sache. Dann aber wird die zweite große Feuerprobe folgen: Die Stellungnahme von Regierung und Parlament zu den zu fassenden Beschlüssen von Span, bei denen im Grunde Deutschlands Schicksal erst entschieden, und zwar auf eine materielle Basis gefestigt werden soll. Da werden so manche Parteien Gelassenheit erhalten, die Wechsel, die sie in Wahlsachen ihren Wahlungen ausweichen haben, eingulden.

Die wenigen Tage und Stunden, die uns noch von der Entscheidungsschlacht trennen, werden bestimmd sein für ihren Ausgang. Noch einmal gilt es, alle Kräfte einzustellen auf das eine große Ziel, das uns allen trog aller parteilichen Entwicklung gemeinsam ist: das Wohl unseres Volkes und Landes, das auch das Wohl unserer selbst ist. Wollt dann, im Vertrauen auf unsere Kraft und unser Glück, im Glauben an die stützlichen Kräfte unseres Volkes und im Vertrauen auf den Bestand dessen, der über den Sternen unter aller Geschick leicht, gehen wir in die Schlacht!

Wählt daher alle die Zentrumsliste Strieder-Ziesch!

Zentrum und Staat

A. Z. Die Frage, ob das Zentrum und seine Anhänger national führen und handeln, klängt für einen echten Zentrumsmann verblüffendlich. Denn schon in dieser Fragestellung erblühten wir eine Beleidigung, haben wie doch unsere Unabhängigkeit zu Volk und Staat zu jeder Zeit bewiesen durch Auskopfung unseres Gutes und Blutes fürs Vaterland. Wie machen aber kein Aufhebens von dieser unserer tiebspatzierten Gesinnungswise, wohl aber jene, die das Wort "national" dauernd im Munde führen, dabei aber häufig nur ihren eigenen Vorteil im Auge haben, sei es die Ergatterung einer hohen Staatsstellung, sei es die Sicherung des großen Portemonnaies vor dem staatlichen Zugriff, sei es in dem Juridischen jenseits herlichen Zeiten, wo sie die Alleinherrnen waren. Wenn je noch ein Zweifel bestünde an seiner nationalen Zuverlässigkeit, so hat sie das Zentrum in der Zeit der Nationalversammlung dadurch bewiesen, daß es dem Reich an Steuern gab, was es braucht, wiewohl bekanntlich das Steuermachen für eine Partei die allerdankbarste Aufgabe sein kann. Aber was fügt es die Partei an! Sie ist nicht Selbstzweck, sie ist nur Mittel zum Zweck. Die Partei mag zugrund e gehen, wie der unvergleichliche Grüber sagte, wenn nur das Reich erhalten bleibt. Kann es eine größere Opferwilligkeit, eine höhere nationale Auslastung geben? Wir glauben kaum. Und darum ist es eine unerhörte Beleidigung für uns Zentrumleute, wenn man uns in unserer entschieden nationalen Gesinnung anzweift, weil wir gleichzeitig mit unseren religiösen Gefühlen übernational — nicht international an Rom hängen. Denn Glaube und Heimat vertragen und ergänzen sich sehr wohl, wie der Abg. Dr. Hirschel neulich in der Zentrumversammlung hervorholte auf die Ausführungen eines Protestant, der sagte, er sei bisher in dem Glauben an das "internationale" Zentrum gehalten worden, von heute ab sei er belehrt. Möchten ihm noch viele folgen und der Wahrheit und besseren Einsicht die Ehre geben.

Gollen wir auch noch einen reblierten Gegner des Zentrums anführen, der es vor aller Welt betont, daß das Zentrum national unbedingt zuverlässig ist! Vielleicht ist es gut! Die "Münchner Neuesten Nachrichten" schreiben in Nr. 216 vom 29./30. Mai 1920 ("Der Aufmarsch der Parteien und das Ziel des Kampfes") u. a.:

Von der Deutschnationalen Volkspartei wird dem Zentrum Mangel an nationaler Gesinnung vorgeworfen, den diese Partei ja bekannterweise fast jeder Partei außer sich selber vorwirft. Waren doch auch schon die Konservativen die Erbpräger der nationalen Gesinnung. Jedenfalls, man mag sonst zu ihm stehen wie man will, das Zentrum im Reich hat die Rechtsstreue mit aller Deutlichkeit gehaft und durch seine Verfassungsarbeit das einigende Band fest um das Reich geschlagen!

Dem brauchen wir eigentlich nichts hinzuzufügen. Kritisiert ist eine kindisch einfache Sache. Wenn die Rechtsparteien den politischen Stoff abnehmen, unter keinen Umständen zu positiver Mitarbeit im Parlament und der Regierung bereit waren, sondern aus rein wahlrechtlichen Gründen ihre ganze Kraft in fruchloser Opposition verpuffen; in einer Zeit, wo alle Kräfte und Hände zum Wiederaufbau sich vereinen sollten, den Luxus eines belustigten Zuschauers sich leisten, als das Reich im Strom zu versinken drohte, da meinen wir, ist die Frage an ganz andere Herren als an das Zentrum nach der nationalen Zuverlässigkeit erlaubt. Aber auch ihnen möchten wir wünschen, daß sie bald zur Einheit und Umkehr kommen. Wir wenigstens werden jederzeit dem Rechte und dem Wohle des Volkes uns widmen, nach wie vor der Wahl, sei es in der Regierung und im Parlament, sei es außerhalb. Darum wählt jeder aufrechte, christlich gesinnte Deutsche den Kanzler des Reiches; denn das Reich muß erhalten bleiben!

Die politische Spannung!

Auch wenn man von den tollen umher schwirrenden Botschaften die auf das Konto "Wahlmache" oder gar "Wahlwindel" zu schreibenden Abstriche macht, bleibt doch noch ein recht beträchtlicher Rest an Tatsächlichem übrig, der unsere höchste Aufmerksamkeit beansprucht.

Eine unleugbare Regierung bestreitet die Stände. Die gesamte politische Lage befindet sich heute in einem Überzustande. Mit der Wahlarbeit und dem Interesse, das man dem Wahlergebnis entgegenbringt, hängen diese Dinge merkwürdigweise nur wenig zusammen. Die Spannung und Unruhe kommen vielmehr daher, daß

man die Blöße lebt schon über die lediglich als Etappe angesehene Wahl hinweg nach dem Punkte richtet, an welchem es sich entscheiden soll, was nun mit unserer politischen Geschäftsführung und mit ihr mit unferen künftigen inner- wie äußerenpolitischen Schicksal werden soll. In diesen — wenn man so sagen will — parteilichen Sorgen liegt die Wurzel für all die Nervosität, die wie in diesen Tagen um uns herum vorherrschen.

Von den Wahlen und ihrem Ergebnis erwartet die Opposition, die sich mit den heute geschaffenen Verhältnissen nicht abfinden kann oder nicht abfinden mag, eine Umkehr der Dinge in einem ihrem Wunsche entsprechenden Sinne. Dieses Ziel kann erreicht werden, wenn es gelingt, die jetzige Koalition der Mittelparteien zu zerstören. Die beiden Extreme würden dann den Kampf um die Macht des jetzt in dem einen wie in dem anderen Falle unausbleiblich ist, ausfechten müssen. Nur darüber ist man sich heute noch nicht klar, wer in diesem Wahlkampf zuerst den Vortritt halten wird. Es gibt Kreise auf der äußeren Linse, die da glauben, über eine Diktatur von rechts durch eine leidenschaftliche Aufwühlung des ganzen Volkes zu einer selbstgründeten Diktatur des Proletariats mit sozialistischen Gewaltmitteln zu kommen. Es gibt anderseits in den äußersten, freilich nicht parlamentarisch gedachten Rechtsparteien Ausschreibungen, die dahin gehen, auf umgekehrter Weise vorzutreten, erst ganz durch den Stumpf zu klopfen, um dann ein Ordnungsregiment veranlassen zu können. Diese seltsame Vermischung beider Ausschreibungen macht sich des weiteren in dem sogenannten National-Bolschewismus geltend, der auf eine gemeinsame Vereinigung der äußerst rechts wie äußerst links stehenden radikalen Kreise hinarbeitet, möbi aber auf beiden Seiten im Untergrund die Absicht hat, ihre ursprünglichen Extremisten trotz allem zu verjagen, und die anderen lediglich als Hilfer zu benutzen, sie dann aber rechtzeitig abzulösen.

Aus dieser geschilderten Atmosphäre heraus sind auch die lebigen Dinge zu verstehen, die sich in einer ganz offenkundigen Verstärkung der Spannung äußern. Das Reichswehrministerium hat sich nun selbst in Bewegung setzen müssen, um die Öffentlichkeit über die Buschgerüchte zu beruhigen. Der Reichswehrminister hat erklären lassen, daß diesmal ein Busch von vornherein dem österreicherischen Widerstande begegnen würde. Die Regierung würde nicht ein zweites Mal von ihrem Sitz bis entfernen. Wenn es sein sollte, würde der Kampf an Ort und Stelle aufgenommen. Der Befehlshaber von Groß-Berlin hat eine Neutralitätserklärung abgegeben, und seine Truppen der Regierung zur Verfügung gestellt, außerdem hat der frühere Kriegsminister, General Reinhard, der schon während des Kapp-Putschs entschlossen auf Seiten der Regierung stand, nunnehm eine neue Brigade aufgestellt, die aus absolut zuverlässigen republikanischen Elementen besteht, und zum Schutz der Reichshauptstadt gegen Putsch, woher sie auch kommen mögen, dienen soll. Hand in Hand damit gegen die geradezu dekadenten Strafmaßnahmen, die durch eine Verordnung des Reichspräsidenten gegen die Unschuldigen, wie sie von Freikorps und anderen militärischen Formationen nach dem darüber in der letzten Zeit verbreiteten Mitteilungen angeblich ins Werk gelegt werden sollen, gerissen worden sind. Es ist dabei nicht uninteressant, festzustellen, daß die "Freiheit", das Organ der Unabhängigen, das immer am lautesten gegen die bezeichneten Putschpläne des Freikorps läuft, nun mit einem Male Sturm Lust gegen die Verordnung des Reichspräsidenten", die sie als einen neuen Alt der "Willkür" brandmarkt. Der Grund für diese Stellungnahme ist allerdings sehr einleuchtend: Die Unabhängigen fürchten, daß diese harten Maßregeln nicht nur gegen rechts, sondern auch gegen links angewendet werden können, und im letzteren Falle werden ja die vorw. unabhängigen Seite geschaffen oder noch in der Bildung begriffene roten Arbeiterwehrn. bedroht. Gerade in diesem Augenblick haben ja die Unabhängigen eine einzige wilde Propaganda für die Bewaffnung der Arbeiterschaft entfaltet, allerdings nur für eine im Sinne der Unabhängigen "zwecklose" Arbeiterschaft. Und erst vor wenigen Tagen hat ganz offen auf dem Tempelhofer Feld in Berlin eine von Unabhängigen und Kommunisten geleitete Soldatenversammlung stattfinden können, in welcher zur sofortigen Schaffung einer roten Armee durch unverzügliche Bewaffnung der volkstümlichen Arbeiterschaft unter Ausschluß jedes bürgerlichen Elementes aufgerufen wurde. Man darf in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, daß die "Rote Armee", das Organ der Berliner Kommunisten, erklärt hat, daß der Kampf um die Machtstellung des Proletariats mit 21-Zentimeter und größeren Kalibern" ausgefochten würde.

Die Linke treibt nur eine Verstärkungswollte, wenn sie durch Dörn von Rechtsparteien von ihren eigenen Machenschaften ablenken will. Die größere Gefahr ist ganz unverzüglich links zu suchen. Wie durch hell sind nicht verletzen, daß gerade die idigsten, gegen die Freikorpsformationen sich richtenden oben erwähnten Strafmaßnahmen in jenen Kreisen, die sich ohnehin durch die Auslösungen vor die schwere Erstürmung gestellt sehen, geradezu eine Verstärkungsbereitung der Putschisten gezeigt sind.

Man darf die Gefahren, die aus einer solchen Auseinandersetzung, leidenschaftlich gering schätzen. Deider geht der Weizen der Linke unter den obwalenden Umständen nur zu gut. Es ist Tatsache, daß allenfalls im Felde gescheiterte Wählereien im Range sind. Die verdeckten und auch offenen Vorberührungen zu Wahlen von links her haben bereits eine Flucht zahlreicher Offiziersfamilien vom Lande nach den Städten gebracht. Eine Alarmnachricht, daß an Offiziere die amtlichen Wahlen erwartet seien, in bestimmten Nächten nicht in ihren gewohnten Schlafstätten zu übernachten, um einer von links besetzten "Botschaftsaustritt" zu entgehen, hat die allgemeine Verwirrung nur noch gefeuert, um so mehr, als tatsächlich dieser überzeugend von kleinen amtlichen Seite organisierte Wahlen folge gezeigt wurde. Den Angaben von rechts, daß die Putschisten von links an einem bestimmten Termin losstoßen werden sollen — man nennt dort die Zeit bis spätestens 15. Juni —, bezweiten diese letzteren mit dem Hinweis darauf, daß von rechts bei noch vor den Wahlen, spätestens unmittelbar nach demselben losstoßen werden soll. Der Gustav, in dem wir gegenwärtig leben, ist auf die Dauer unerträglich. Man kann nur wünschen, daß die Wahlen eine Klarung bringen. Was aber, wenn sie einander nicht erfolgen? Dann ergibt sich die Gefahr, dann erst werden sie auch mit einem Male kleinmachen vor uns stehen. Darum ist unsere Linke heute so ungewöhnlich aufgeregkt! Darum muss aber auch ein jeder, ob Mann oder Frau, und an jedem Blatt persönlich oder beruflich er auch stehe, sich der ungewöhnlichen Möglichkeit der kommenden Entscheidung bewußt sein.

Nur darf die Gefahren, die aus einer solchen Auseinandersetzung, leidenschaftlich gering schätzen. Deider geht der Weizen der Linke unter den obwalenden Umständen nur zu gut. Es ist Tatsache, daß allenfalls im Felde gescheiterte Wählereien im Range sind. Die verdeckten und auch offenen Vorberührungen zu Wahlen von links her haben bereits eine Flucht zahlreicher Offiziersfamilien vom Lande nach den Städten gebracht. Eine Alarmnachricht, daß an Offiziere die amtlichen Wahlen erwartet seien, in bestimmten Nächten nicht in ihren gewohnten Schlafstätten zu übernachten, um einer von links besetzten "Botschaftsaustritt" zu entgehen, hat die allgemeine Verwirrung nur noch gefeuert, um so mehr, als tatsächlich dieser überzeugend von kleinen amtlichen Seite organisierte Wahlen folge gezeigt wurde. Den Angaben von rechts, daß die Putschisten von links an einem bestimmten Termin losstoßen werden sollen — man nennt dort die Zeit bis spätestens 15. Juni —, bezweiten diese letzteren mit dem Hinweis darauf, daß von rechts bei noch vor den Wahlen, spätestens unmittelbar nach demselben losstoßen werden soll. Der Gustav, in dem wir gegenwärtig leben, ist auf die Dauer unerträglich. Man kann nur wünschen, daß die Wahlen eine Klarung bringen. Was aber, wenn sie einander nicht erfolgen? Dann ergibt sich die Gefahr, dann erst werden sie auch mit einem Male kleinmachen vor uns stehen. Darum ist unsere Linke heute so ungewöhnlich aufgeregkt! Darum muss aber auch ein jeder, ob Mann oder Frau, und an jedem Blatt persönlich oder beruflich er auch stehe, sich der ungewöhnlichen Möglichkeit der kommenden Entscheidung bewußt sein.